

Klimaschutz: eine Frage der globalen Gerechtigkeit

Vorbemerkung

So positiv und begrüßenswert es ist, dass die Abgeordnetenkammer ein Hearing zur Konferenz von Kopenhagen organisiert, so sehr bedauert der Mouvement Ecologique mit Nachdruck jedoch folgende drei Elemente:

- Das Hearing findet gerade an dem Tag statt, wo Luxemburg seine Position im EU-Umweltministerrat zur Konferenz in Kopenhagen darlegt und die EU ihre Position festlegt. **D.h. das Hearing kommt schlichtweg zu spät...** und hat keinen wirklichen Einfluss mehr auf die Luxemburger Position. Erforderlich wäre gewesen, das Hearing bereits im Frühjahr dieses Jahres zu organisieren ... oder evtl umgehend unter der neuen Regierung, sicherlich aber nicht erst zu diesem Zeitpunkt.

Prof. Dr. Schellnhuber, Direktor des Potsdamer Institutes für Klimafolgenforschung, der am Montag einen vielbeachteten Vortrag auf Einladung des Mouvement Ecologique und des Klimabündnis Lëtzebuerg hielt, bezeichnete die Konferenz von Kopenhagen als die wohl wichtigste Konferenz in der Menschheit ... da es schlichtweg um den Erhalt des Planeten als Lebensraum für Mensch und Tier geht ... und Luxemburg löst die Debatte aus, wenn es fast zu spät ist...

- Der Mouvement Ecologique hat bereits mehrfach vorgeschlagen, den **Ablauf derartiger Hearings zu überdenken**. Statt einer Aneinanderreihung von einzelnen Statements – bei welchen jede Organisation bzw. Institution eher Standpunkte wiederholt, die schon bekannt sind - wäre ein Austausch von Argumenten zwischen den Akteuren weitaus sinnvoller und angebrachter. Warum nicht z.B. eher einzelne Schlüsselfragen in einem Forum regelrecht kontradiktorisch diskutieren bzw. wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Aspekte in einer bestimmten Mischung / Gewichtung in ein solches Hearing einzubringen? Eine solche Form von Hearing würde - so unsere Überzeugung - zur Aufwertung der Rolle des Parlamentes beitragen können.
- **Klimaschutz hat vorrangig AUCH mit Wirtschafts- und Finanzpolitik zu tun**. Es scheint als ob jedoch - wie leider auch in der vorherigen Legislaturperiode - immer noch die Meinung

vorherrschende, lediglich die Umweltkommission bzw. nunmehr der Nachhaltigkeitskommission seien hierfür zuständig. Nochmal: Klimaschutz ist DIE große Herausforderung vor denen die Menschheit steht und deshalb müssen sich alle betroffenen Akteure an einen Tisch setzen. Wir bedauern somit die Abwesenheit von Abgeordneten der Wirtschafts- und Finanzkommission. Sie, ebenso wie das Wirtschaftsministerium bzw. das Finanzministerium sind als wesentliche Akteure einer nachhaltigen, auf Klimaschutz bedachten Politik zu sehen. "Nachhaltigkeit" setzt letztlich de facto das Zusammenspiel von Ökologie, Ökonomie und Sozialem (im Rahmen der Grenzen des Ökosystems Erde) voraus, neben der Berücksichtigung von Gerechtigkeitsaspekten zwischen Norden und Süden bzw. jetzigen und zukünftigen Generationen. Unverständlich ist aber auch, warum nicht die Mitglieder der "Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration" am Hearing teilnehmen.

5 Kernaussagen

1. Klimaschutz ist nicht verhandelbar!

Leider scheint es sich noch nicht wirklich in den Köpfen der Menschen festgesetzt zu haben, dass der Klimaschutz nicht verhandelbar ist. Das natürliche Ökosystem steckt den Rahmen für menschliche Aktivitäten ab, dieser Tatsache müssen wir uns endlich stellen!

Bei der Durchsicht des Fragenkataloges der Abgeordnetenkammer gewinnt man immer wieder den Eindruck, als ob Klimaschutz zwar durchaus als sinnvoll angesehen werden würde, aber im «ökonomisch machbaren» Rahmen. Es entsteht weiterhin der Eindruck Klimaschutz wäre vor allem nur dann willkommen, wenn er sich recht einfach umsetzen lasse.

Einige Beispiele:

«Dans son programme gouvernemental le Gouvernement indique que dans ce contexte, il est prêt à adopter un objectif identique au niveau national» oder aber weiter *«Dès lors, sous quelles conditions le Luxembourg devrait-il accepter un objectif de 30% d'ici 2020?»*

Mit Verlaub: die Wortwahl *«il est prêt»* ist fehl am Platz. Luxemburg macht das nicht freiwillig oder «gutmütig»: Luxemburg ist mit dem Kyotovertrag internationale Verpflichtungen eingegangen! Wir gehören zudem mit zu den höchsten Emittenten an CO₂ pro Kopf in Europa und auch weltweit (auch ohne Tanktourismus) und müssen schlichtweg unsere Verantwortung übernehmen und uns nicht nur *«bereit erklären»*. Auch die Formulierung *«accepter un objectif»* sowie die Frage *«Quels pourraient être les avantages ou risques aériens et maritimes au niveau national, si tel n'était pas le cas?»* sind nicht sonderlich glücklich gewählt. Die Frage müsste doch lauten: Wie kann Luxemburg sich für eine Integration des Flugverkehrs in die Bilanzierung stark machen? Und nachgeordnete Frage wäre dann: Wie können wir auch den Flughafen Luxemburg auf diese Herausforderung vorbereiten? Doch auch die grundsätzlichere Frage müsste sich dann auch in diesem Zusammenhang stellen: Stellt der Flugverkehr eine prioritäre Entwicklungsachse aus wirtschaftlicher Sicht, auch in Luxemburg, dar?

Die Art und Weise der Fragestellung ist in einem gewissen Maße Spiegelbild der Einstellung, des Weltbildes des Fragenden. Sie zeigt auch auf, dass die Tatsache des zwingenden und nicht

verhandelbaren Handlungsbedarfs im Klimaschutzbereich nicht verinnerlicht wurde! Und diesem Problem müssen wir uns stellen.

Unserer Meinung nach kann es in erster Linie nur darum gehen WIE wir den Klimaschutz vorantreiben und nicht das "wieso" und "inwiefern".

Denn es ist ein Trugschluss zu glauben, die Naturgesetze würden sich aufgrund unserer vermeintlichen Wirtschaftszwänge abändern lassen. Gerade weil wir seit Jahrzehnten als Gesellschaften an diesen Trugschluss glaubten, befinden wir uns heute in der Situation, dass wir quasi 5 nach 12 enorme Anstrengungen durchführen müssen.

Fakt ist, wie in der Publikation *«Kassensturz für den Weltklimavertrag – der Budgetansatz»* des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung (WBGU) zu lesen ist: *«Die Wissenschaft ist sich heute weitgehend einig, dass eine Erderwärmung um mehr als 2 °C gefährliche, irreversible und kaum beherrschbare Folgen für Natur und Gesellschaft hätte.»* Auch die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten und das Forum der 16 führenden Wirtschaftsmächte (d.h. auch Indien, Brasilien, China) haben im Juli 2009 in L'Aquila deshalb diese 2°C Grenze anerkannt.

Dabei lässt sich auf beeindruckende Art und Weise wissenschaftlich nachweisen, warum gerade die 2 Grad Erwärmung der «turning point» ist. Die Festlegung auf eine maximale 2 Grad Erhöhung erfolgte nicht aufs Geratewohl, sondern da bei einer noch stärkeren Erwärmung die Folgen schlichtweg nicht mehr kontrollierbar wären.

Jedwede Klimadebatte muß deshalb dieses Referenzziel zum Rahmen haben.

Und der Mouvement Ecologique drängt mit Nachdruck darauf, dass Luxemburg seine Klimaschutzziele (min 30% Reduktionen) durch Maßnahmen im eigenen Land umsetzen muss!

2. Den «Klima-Gerechtigkeitsgedanken» konkretisieren!

Beliebtes Thema ist die Frage, welcher Kontinent wieviel CO₂ reduzieren muss. Gerne verweist jeder Kontinent darauf, dass er gerne bereit wäre mehr zu machen, wenn denn auch der andere ... Ein Ausweg aus dieser Sackgasse muss unbedingt gefunden werden, wir müssen uns aus dieser Starre lösen, eine gerechte Lastenverteilung vornehmen. Oder wie es der WBGU beschreibt: Das Ganze gleicht einem Mikado-Spiel: der erste der sich bewegt scheint der Verlierer zu sein. Es gälte den gordischen Knoten zu lösen und eine klimaverträgliche Weltwirtschaft aufzubauen.

Als äußerst spannend erachtet der Mouvement Ecologique das Konzept des Klimabudgets, das vom WBGU mit internationalen Wissenschaftlern entwickelt wurde. Dieses ist wie folgt definiert:

«Aus der 2 °C-Leitplanke lässt sich das weltweit noch verfügbare Budget an CO₂-Emissionen ableiten. Bis zur Jahrhundertmitte dürfen höchstens noch etwa 750 Mrd. t CO₂ in die Atmosphäre freigesetzt werden, wenn die Leitplanke mit einer Wahrscheinlichkeit von 67 % eingehalten werden soll. Möchte man diese Wahrscheinlichkeit auf 75 % erhöhen, müssen die kumulativen Emissionen im nämlichen Zeitraum sogar unter 600 Mrd. t CO₂ bleiben. Nach 2050 darf in jedem Fall weltweit nur noch eine kleine CO₂-Menge ausgestoßen werden. Die Ära der von fossilen Energieträgern angetriebenen Weltwirtschaft muss daher noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu Ende gehen.»

Das zwischen 2010 und 2050 mit der 2 °C-Leitplanke verträgliche CO₂-Gesamtbudget wird über den **Pro-Kopf-Schlüssel gleichmäßig auf die Staaten der Erde verteilt**, wobei 2010 auch als demographisches Referenzjahr dient. Damit wird die Verantwortung für die zukünftigen Emissionen den Menschen aller Weltregionen und Länder übertragen. In Anerkennung des Verursacherprinzips wird zusätzlich ein finanzieller Ausgleich zwischen Nord und Süd angestrebt, der sich an den nationalen Unterschieden der Pro-Kopf-Emissionen im Zeitraum zwischen 1990 und 2010 orientiert. (...)

Für den Zeitraum 2010–2050 entspricht die vom WBGU vorgeschlagene Verteilung des CO₂-Gesamtbudgets durchschnittlichen Emissionsrechten von etwa 2,7 t CO₂ pro Kopf der Weltbevölkerung im Jahr 2010, die z. T. durch Anwendung der flexiblen Mechanismen zwischen den Staaten umverteilt werden können. Allerdings sollten alle Länder ihre Klimaschutzstrategien tendenziell so anlegen, dass sich gegen Ende des Budgetzeitraums ihre realen Emissionen bei etwa 1 t CO₂ pro Kopf und Jahr annähern. (...)

Im Rahmen des Budgetansatzes müssen alle Ländergruppen große Zugeständnisse machen: Von den Industrieländern werden weitgehende Reduktionsverpflichtungen sowie umfassende Technologie- und Finanztransfers erwartet. Die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen ihrerseits akzeptieren, dass eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung auf der Basis fossiler Energieträger nicht mehr zukunftsfähig ist, so dass auch sie möglichst rasch den Übergang zu einer klimaverträglichen Gesellschaft einleiten sollten.

Der WBGU-Budgetansatz soll der internationalen Klimaschutzpolitik mittel- und langfristige Kompass und Orientierungsrahmen dienen. Der WBGU schlussfolgert aus seinen Analysen, dass sich die UNFCCC-Vertragsstaaten in Kopenhagen auf folgende Richtungsentscheidungen einigen müssten:

- Die 2 °C-Leitplanke wird völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben.
- Für Kohlendioxid, dem im Klimaschutz die langfristig entscheidende Rolle zukommt, wird ein mit der 2 °C-Leitplanke kompatibles globales Emissionsbudget aus fossilen Quellen bis zum Jahr 2050 verbindlich vereinbart.
- Folgende Meilensteine werden gesetzt:
 - (1) Die Trendumkehr der weltweiten CO₂-Emissionen im Zeitraum 2015–2020.
 - (2) Die Rückführung der globalen Emissionen bis zur Jahrhundertmitte auf ein Niveau, das mit dem schmalen Emissionsbudget nach 2050 konsistent ist.
- Das globale CO₂-Budget wird auf Pro-Kopf-Basis gleichmäßig auf die Weltbevölkerung aufgeteilt, so dass sich für alle Länder nationale CO₂-Budgets berechnen lassen. Sie werden ebenfalls verbindlich festgeschrieben und bilden den Orientierungsrahmen dafür, wie schnell und stark die Länder ihre CO₂-Emissionen reduzieren müssen.
- Alle Länder verpflichten sich, international und objektiv überprüfbare Dekarbonisierungsfahrpläne vorzulegen, die über den geplanten nationalen Emissionspfad bis 2050 Auskunft geben. Diese Fahrpläne sollen sich neben den nationalen CO₂-Budgets auch an den nationalen Emissionsminderungspotenzialen orientieren.
- Zusätzlich werden für die Länder mit gegenwärtig hohen Pro-Kopf-Emissionen Reduktionsverpflichtungen bis 2020 vereinbart, um eine Verschleppung der Dekarbonisierungsanstrengungen zu verhindern.

- *Es werden flexible Mechanismen (internationaler Emissionshandel und Joint Implementation) sowie angemessene zusätzliche Finanz- und Technologietransferleistungen der Industrieländer vereinbart.*
- *Es wird beschlossen, eine Weltklimabank zu gründen, die für die Überprüfung der nationalen Dekarbonisierungsfahrpläne auf Plausibilität und Umsetzbarkeit sowie für die Operationalisierung der flexiblen Mechanismen und Transferleistungen zuständig ist.*

Aufgrund der gegenwärtig eklatanten Differenzen zwischen den Pro-Kopf-Emissionen der Industrie- und der Entwicklungsländer werden Emissionshandel und andere flexible Mechanismen erhebliche Finanz- und Technologietransfers bewirken, die den Anbieterländern attraktive Möglichkeiten für Nachhaltigkeitsinvestitionen eröffnen sollten. Insofern würde die Implementierung des WBGU-Budgetansatzes die klimaverträgliche und nachhaltige Entwicklung weltweit entscheidend fördern.

Nur zur Erinnerung: und um aufzuzeigen wie erheblich der Handlungsbedarf in Luxemburg ist: die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg betragen derzeit 28,4 Tonnen CO₂-Äquivalente, ohne Tanktourismus (aber mit Stromverbrauch) immer noch deutlich über 25 Tonnen ! D.h. gerade unser Land ist gehalten, schnellstmöglich eine Trendwende in die Wege zu leiten.

3. Eine glaubwürdige Politik setzt eine ehrliche Analyse voraus

Vor allem "dank" der Wirtschaftskrise scheinen die CO₂-Emissionen in Luxemburg zu stagnieren. Mit einer bemerkenswerten Stoizität verdrängen wir aber die Tatsache, dass wir damit meilenweit von unserer Kyoto-Verpflichtung einer 28%CO₂-Reduktion entfernt sind. Der Luxemburger Aktionsplan im Klimaschutz wurde nur in einigen Punkten umgesetzt.

Es ist schlichtweg unverständlich, dass im Rahmen des Hearings diese Tatsache nicht weitaus offensiver aufgegriffen wird. Denn Fakt ist: wir sind wenig glaubwürdige Ansprechpartner auch jetzt im Rahmen der Kopenhagener Verhandlungen, wenn wir unsere bis dato gesteckten Ziele nicht einmal ansatzweise erreichen ...

Es wäre ein Trugschluss, wenn Luxemburg denken würde, wir könnten unsere Klimaschutzziele weiterhin über Freikaufmechanismen erreichen. Zahlreiche Argumente sprechen dagegen, so u.a.:

- Es ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit, dass jedes Land seine Verantwortung im Klimabereich übernimmt und diese nicht auf andere verlagert;
- Ökonomisch ist es schlicht widersinnig, Millionen in häufig zweifelhafte Projekte in Entwicklungsländern zu investieren, wenn diese Gelder sinnvoll auch im Handwerksbereich in Luxemburg eingesetzt werden könnten. Dies zumal da zahlreiche Freikaufprojekte aus sozialer und ökologischer Sicht mehr denn umstritten sind;
- Die Preise für derartige Mechanismen werden ohne Zweifel ansteigen, je höher die CO₂-Verpflichtungen, desto höher die Preise ...
- Mittel- bis langfristig muss schlichtweg der gesamte Welthandel mit weitaus weniger CO₂-Emissionen, ja sogar Kohlenstofffrei, klar kommen. Jeden Monat, in dem sich Luxemburg nicht auf diese Entwicklung vorbereitet, wird mittel- bis langfristig den Druck erhöhen und eine weitaus kürzere und entsprechend schmerzlichere Umstellungszeit mit sich bringen.

Luxemburg muss sich deshalb einer ehrlichen Analyse unterziehen, warum wir bis dato unsere Klimaschutzziele derart gravierend verfehlen und vor allem in den zentralen Bereichen keine Trendwende einläuten konnten!

Dann müsste man sich den Tatsachen stellen, inwiefern unser Finanzsystem die richtigen Anreize setzt, dass im Mobilitätsbereich leider die seit Jahren zur Debatte stehenden Infrastrukturprojekte verschleppt werden (siehe moderne Stadtbahn), auf der Ebene der Altbausanierung ein Durchbruch bis dato nicht erreicht werden konnte (vor allem aufgrund fehlender Beratung und Formation der Berufskreise); sanfte Initiativen, wie z.B. das Car-Sharing, seitens des Staates nicht ausreichend gefördert werden; der Biolandbau nach wie vor als Nischenproduktion erachtet wird ... de facto der Klimaschutz in der Alltagspolitik kein wirkliches Thema und Leitbild ist.

4. Die ungestellten Fragen ... sind manchmal die spannendsten

Auch aus dem bisher angeführten drängen sich zahlreiche Fragen auf, die im Dokument der Abgeordnetenkommission nicht gestellt wurden:

- Wie kann gewährleistet werden, dass in der Alltagspolitik nur noch Entscheidungen getroffen werden, die konform zu Klimaschutzzielen sind? Im Koalitionsabkommen wird immerhin der «Klimacheck» jedweder Regierungsentscheidung angeführt, wie dieser konkret umgesetzt werden soll (und wann) wäre interessanter Punkt der Debatte gewesen.
- Zentral ist zudem: Wie kann unser Wirtschaftsstandort umgebaut werden, sich fortentwickeln, damit er den CO₂-Ansprüchen gerecht wird? Wie kann ein kohlenstofffreier Wirtschaftsstandort 2050 aussehen? Wie ist der Weg dorthin? Was bedeutet eine solche Zielorientierung für bestimmte Wirtschaftssektoren, was für die Prioritätensetzung bzw. die Instrumente der Luxemburger Wirtschafts- bzw. Finanzpolitik? Die Aussagen hierzu in der Debatte seitens der wirtschaftlichen Kreise wären doch sicherlich spannend gewesen.
- Wie auch kommen wir aus der Falle des kontinuierlichen Wachstumsgedankens heraus? Denn niemand kann ehrlich daran glauben, dass die Reduktion der CO₂-Emissionen mit einem weiteren jährlichen Wirtschaftswachstum von 4% erreichbar ist. Man darf sich in der Tat nichts vormachen: 4% jährliches Wachstum macht man nicht nur mit «sanften» Projekten, damit verbunden ist auch eine knallharte Steigerung des Konsums, des materiellen Verbrauchs... wie kann demnach endlich eine Verknüpfung der Klima- mit der Lissabonstrategie erfolgen? Was bedeutet dies letztlich auch für die Absicherung z.B. des Sozialsystems? Wie kann diese gewährleistet werden?
- Oder aber eine sehr zentrale Frage: Unsere Gesellschaft steht vor einer gewaltigen kulturellen Aufgabe! Eine weitgehende Änderung unseres heutigen Lebensstils ist notwendig. Wohl sieht auch der Mouvement Ecologique hierin zahlreiche Vorteile und ein Gewinn der Lebensqualität... aber die Diskussion muss geführt werden. Es ist eine zentrale Herausforderung dabei den Gerechtigkeitsgedanken klar zu formulieren: von dem heutigen Raubbau des Nordens am Süden sowie an den Fundamenten der nächsten Generationen müssen wir mehr Gerechtigkeit Nord-Süd und eine stärkere Intergenerationengerechtigkeit herstellen. Das bedeutet Eingriffe in den Alltag, die von einem reduzierten Fleischkonsum (und entsprechend guten vegetarischen Gerichten) bis hin zu einem «weniger ist mehr» im

materiellen Bereich reichen. Es gilt die Gesellschaft für diesen kulturellen Paradigmenwechsel fit zu machen. Dass eine solche Entwicklung sozialverträglich erfolgen muss und nicht die sozial Schwachen in erster Linie die Kosten dafür zu tragen haben, ist für den Mouvement Ecologique eine wichtige Herausforderung, die u.a. auch mit den Gewerkschaften zu besprechen ist.

5. Zu den gestellten Fragen: den Klimaschutz offensiv statt defensiv angehen

1. Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen Luxemburg ggf. die Vorgabe einer 30%-Reduktion angehen sollte: Luxemburg ist mit dem Kyoto-Vertrag das Ziel einer CO₂-Reduktion von 28% bis 2012 eingegangen. Das 30% Ziel verschärft deshalb die Situation für Luxemburg nicht, ganz im Gegenteil. Mit der neuen Verpflichtung ist es ganz realistisch wieder möglich, dass Luxemburg seine Klimaschutzziele im Land selbst erreicht. Gerade das muss das Ziel jedweder Klimaschutzpolitik sein!
2. Zur Frage, ob der Prozess auch ohne USA im Rahmen auch von Kyoto fortgeführt werden soll: Ja: Natürlich wäre es unbedingt geboten, dass die USA ihre Verantwortung übernimmt. Doch auch ohne USA sollte jedes Land seine Verantwortung übernehmen und den Kyoto-Prozess fortführen, übergehend in die neuen Verträge.
3. Zur Frage der Integration der «secteurs aériens et maritimes» in die Berechnungen: Natürlich sollten diese integriert werden! Der Flugverkehr ist zentral mitverantwortlich für die Klimaproblematik! Und außerdem tritt der Mouvement Ecologique für regionale Produktionsprozesse ein, eine Steuer auf dem Flugbenzin wäre ein unterstützendes Instrument in diesem Sinne. Man soll in Luxemburg nicht erneut eine Vogel Strauß-Politik betreiben: der Flugverkehr wird mittelfristig auch aufgrund von CO₂-Restriktionen Probleme haben. Dieser Situation sollte man sich heute schon stellen: welche Umqualifizierungsmaßnahmen können mittelfristig getroffen werden? In welche zukunftssträchtigen Branchen könnten Arbeitnehmer überführt werden?
4. CDM-Projekte sind aus sozialer und ökologischer Sicht mehr denn umstritten. Es sollte nach Ansicht des Mouvement Ecologique kein weiterer Aufkauf erfolgen, Gelder sollten in Projekte zur Reduktion der Emissionen in unserem Land investiert werden! (Bis dato hat Luxemburg bereits 50 Mio Euro in derartige Projekte investiert, wollen wir diese Tendenz fortsetzen, so ist mit Ausgaben von min. 180 Mio Euro zu rechnen!) Der Mouvement Ecologique spricht sich zudem kategorisch gegen die Nutzung von Senken aus, da diese sozial umstritten sind und auch ökologisch kaum Sinn machen (es handelt sich dabei um eine sehr kurzfristige Maßnahme, denn es erfolgt lediglich eine vorübergehende Speicherung). Die derzeitigen Rechte auf Senken sollten umgehend verkauft werden. Joint implementation Projekte waren in der Vergangenheit sicherlich als besser zu bewerten, allerdings, da vor allem konzentriert auf die osteuropäischen Staaten, ist dieser „Markt“ sicherlich sehr bald erschöpft.
5. Zur Frage des Berechnungsmodi: Das heutige Modell bietet Vor- und Nachteile. Luxemburg zieht auch Vorteile daraus, so werden uns z.B. nicht die bei der Produktion anfallenden CO₂-Emission der importierten Waren zubilanziert ... Außerdem: Luxemburg zieht aus dem Tanktourismus knallharten Profit. Wer den Nutzen einer ökonomischen Aktivität hat, sollte wohl auch bereit sein die Konsequenzen dafür zu zahlen. Mit Nachdruck verweist der

Mouvement Ecologique zudem darauf, dass die Einnahmen aus dem Tanktourismus mittel- bis langfristig wegbrechen werden. Aufgrund von EU-Harmonisierungen, aber auch aufgrund eines Technologietransfers auf Elektroautos, Hybridtechnologie bzw. andere Antriebssysteme usw. Die enorme Abhängigkeit des Budgets von diesem Faktor muss deshalb, so oder so, unabhängig von Klimaüberlegungen dringendst angegangen werden. Wer sich dieser Tatsache verschließt, handelt unverantwortlich! Statt demnach immer noch über Zahlen zu feilschen, sollte man endlich aktiven Klimaschutz betreiben.

6. Es muss seine klare Trennung zwischen Kooperationspolitik und Adaptationsmaßnahmen geben! Natürlich muss die Kooperationspolitik im Respekt des Klimaschutzes erfolgen, doch dass Luxemburg nunmehr versuchen würde unter dem Deckmantel seiner Entwicklungspolitik Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren, wäre politisch nicht zu vertreten.
7. Eine Klimaweltbank im Rahmen der UN wäre nach Ansicht des Mouvement Ecologique der sinnvollste Weg. Diese könnte gemäß WBGU folgende Rolle übernehmen: « ... *eine Weltklimabank zu gründen, die für die Überprüfung der nationalen Dekarbonisierungsfahrpläne auf Plausibilität und Umsetzbarkeit sowie für die Operationalisierung der flexiblen Mechanismen und Transferleistungen zuständig ist.*»
8. Die Frage der Finanzierung ist sicherlich zentral. Fakt ist jedoch leider bis dato, dass sich das Finanzministerium jeder diesbezüglichen tiefgreifenderen Diskussion entzog. Stichworte sind: nachhaltige Steuerreform, Durchsicht des Staatshaushaltes auf kontraproduktive Investitionen, Neuausrichtung der Budgetkalkulation (siehe Studie des Nachhaltigkeitsrates). Weitere Stichworte sind: Umorientierung des Wirtschaftsstandortes, Green technologies und green jobs ... Kleine Anregung am Rande: Die Gelder für den noch immer zur Diskussion stehenden Ausbau der A3/A4 wären gut in Klimaschutzprojekte investiert. **So lange Finanzpolitik nicht AUCH mit "nachhaltiger Entwicklung" und "Klimaschutzpolitik" verknüpft wird, fehlt ein entscheidender wenn nicht DER entscheidende Akteur in der Diskussion. Das Finanzministerium ist hier gefordert! Übrigens: es würde Luxemburg gut zu Gesicht stehen auf EU-Ebene für eine "Carbon Tax" einzutreten ... auch eine Vorgängerrolle wäre natürlich nach Ansicht des Mouvement Ecologique spannend.**
9. Diese Frage wäre ein separates Hearing wert ... zuerst sollte aber eine Analyse erfolgen, WARUM beschlossene Maßnahmen, warum der Klimaaktionsplan nicht oder absolute unbefriedigend umgesetzt wurden sowie ein Monitoring der getroffenen Maßnahmen erfolgen. Prioritäten müssten von einer Umorientierung in der Mobilitätspolitik über den Aufbau einer Energieberatung bis hin zur Förderung des Biolandbaus sein. Themenfelder sind entsprechend sicher: Energie – Mobilität – Wohnen und Bauen – Ernährung - Wirtschaft. Nur müssen zudem die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit überhaupt eine Umsetzung der Maßnahmen erfolgen kann. Nur eine Integration des Klimaschutzes in die verschiedenen sektoriellen Bereiche kann zu einer überzeugenden Gesamtpolitik eines Landes führen. Die alleinige Reduktion der Verantwortung auf ein Ministerium und sei es noch ein "großes" Nachhaltigkeitsministerium kann nicht die Antwort darstellen.